

municipality-Zürich

Parkplätze in Zürich: Begegnungszone? Nein, danke: Filippo Leutenegger rekurriert gegen Verkehrsprojekt von Karin Rykart

Begegnungszonen sind ein erklärtes Ziel der rot-grünen Verkehrspolitik. Doch in einigen Quartieren wollen Anwohnende lieber Parkplätze behalten – zu den Rekurrenten gehört auch FDP-Stadtrat Leutenegger.

Martin Huber, Rahel Zuber

Anwohner der Hammerstrasse in Hirslanden wehren sich gegen die geplante Begegnungszone und den damit verbundenen Abbau von Blaue-Zone-Parkplätzen.

Die Hammerstrasse ist eine ruhige Quartierstrasse in Hirslanden, die parallel zur Forchstrasse verläuft. Die Stadt plant dort eine Begegnungszone und kommt damit dem Wunsch einiger Anwohnenden nach. In solchen Zonen haben Fussgängerinnen und Fussgänger Vortritt, die Höchstgeschwindigkeit beträgt für alle Fahrzeuge 20 Stundenkilometer.

Wie aus der Ausschreibung der Begegnungszone Hammerstrasse im Amtsblatt vom 9. Oktober hervorgeht, ist das Projekt mit dem Abbau von 40 Quartierparkplätzen verbunden. Doch das Vorhaben stösst auf Widerstand.

Eine Gruppe von Anwohnenden wird sich mit einer Einsprache gegen die Begegnungszone wehren. Zu den Einsprechern gehört auch ein prominenter Quartierbewohner: Filippo Leutenegger, Zürcher Stadtrat und Präsident der kantonalen FDP.

Er findet die Begegnungszone «unnötig und unverhältnismässig», wie Leutenegger auf Anfrage sagt. Die Gegend um die Hammerstrasse sei bereits jetzt eine Art Begegnungszone. Leutenegger weist darauf hin, dass es in der unmittelbaren Umgebung eine Erholungszone mit viel Grünraum und Spielplätzen gebe.

Leutenegger handelt als betroffener Anwohner

In einer Begegnungszone mit Tempo 20 befürchtet er zudem, dass schnell und lautlos daherkommende Velofahrer zu einer Gefahr für spielende Kinder werden. Auch der Abbau von 40 Quartierparkplätzen ist in den Augen Leuteneggers «völlig unverhältnismässig». Parkplätze seien in dieser Gegend mit wenigen Tiefgaragen bereits jetzt Mangelware. Mit der Einführung der Begegnungszone werde sich der Suchverkehr im Quartier deutlich verstärken.

Filippo Leutenegger sagt, er agiere als betroffener Anwohner – und nicht als Stadtrat.

Bei seiner Beteiligung an der Einsprache handle er als betroffener Anwohner, nicht als Stadtrat, betont Leutenegger. Denn auch ein Stadtrat dürfe seine Rechte als Anwohner wahrnehmen. Dass er sich damit direkt gegen ein Vorhaben aus dem Sicherheitsdepartement seiner Stadtratskollegin Karin Rykart (Grüne) stellt, nimmt er gelassen. Er habe bereits mit Rykart darüber gesprochen, sie habe die angekündigte Einsprache «zur Kenntnis genommen».

«Wir sind ein privilegiertes Quartier in Zürich, da braucht es nicht eigens noch eine Begegnungszone», sagt ein weiterer Anwohner, der seit vierzig Jahren an der Hammerstrasse wohnt und sich ebenfalls an der Einsprache beteiligt. Als Begründung habe die

Stadt erwähnt, dass Anwohnende eine solche Begegnungszone wünschten.

Begegnungszone oder einfach Aufhebung der Parkplätze?

«Aufgrund meiner Umfrage muss ich annehmen, dass die meisten Anwohner keine Kenntnis davon hatten – die Autobesitzer schon gar nicht», sagt der Anwohner. Zudem werde auf die Gefährlichkeit des Autoverkehrs in dieser Strasse hingewiesen, was auch mit Blick auf die Unfallstatistik «eine glatte Lüge» sei. Seine Vermutung: Die Begegnungszone sei nur ein Vorwand – «sie wollen einfach Parkplätze aufheben».

Ähnliche Kritik an der Einführung einer Begegnungszone kommt auch aus Fluntern. Der Tenor auch dort: Bitte keine Begegnungszone, wir sind schon eine.

«Unnötig, ja lächerlich und eine Verschwendung von Steuergeldern», sagt Franziska Heusser mit Blick auf den neuen Platz mit drei Sitzbänken, den die Stadt vor kurzem an der Hochstrasse bei der Grossen Kirche Fluntern realisiert hat. Einige Bäume sollen hier noch gepflanzt werden. Bänke und Bäume sind Teil der vor kurzem eingeführten Begegnungszone Hochstrasse. Die Stadt folgte auch hier dem Wunsch einiger Anwohnerinnen und Anwohner, die sich davon eine Verbesserung der Schulwegsicherheit erhoffen.

«Überflüssiger Sitzplatz»: Gegen die Begegnungszone Hochstrasse in Fluntern regt sich Widerstand. Einsprachen dagegen wurden allerdings abgewiesen.

«Gegen Tempo 20 haben wir nichts», sagt die langjährige Quartierbewohnerin. Sie hat sich zusammen mit rund 80 weiteren Anwohnenden mit einer Einsprache gegen das Projekt gewehrt – allerdings erfolglos.

Eines ihrer Hauptargumente lautete ähnlich wie jenes der Anwohnenden der Hammerstrasse: Es brauche gar keine Begegnungszone Hochstrasse, weil diese seit Jahren verkehrsberuhigt und damit bereits zu einer Art Begegnungszone geworden sei. Mehr Bäume gegen die Hitze seien ebenfalls nicht nötig: «Fluntern ist eines der grünsten Quartiere der Stadt, der grüne Vorgarten von Zürich», sagt Heusser. Sie verweist auf die Terrasse vor der Grossen Kirche, die seit Jahrzehnten ein rege genutzter Begegnungsort mit Sitzbänken und toller Aussicht auf die Stadt sei. Eine Toilette gebe es auch und etwas weiter unten einen Spiel- und einen Picknickplatz.

Anwohnende sehen Parkplatzabbau als problematisch

Vor allem stören sich Heusser und ihre Verbündeten daran, dass dem «überflüssigen, teuren Sitzplätzchen» gleich 10 Parkplätze in der blauen Zone zum Opfer fielen. Im Gebiet gebe es mehrere ältere Mehrfamilienhäuser ohne Tiefgaragen. Viele Anwohnende seien auf einen Parkplatz in der blauen Zone angewiesen. «Es ist ein Mittelstandsquartier. Nicht alle können sich einen Parkplatz für 200 Franken und mehr pro Monat in einer Tiefgarage leisten, die es in der Nähe auch kaum gibt.»

Heusser hält den Abbau von Quartierparkplätzen auch aus sozialen Gründen für problematisch. Vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der 70 Alterswohnungen neben der Kirche seien konsterniert und fragten sich, wie sie künftig noch Besuch erhalten sollten. Auch die Kirche brauche Parkplätze, damit gehbehinderte Personen die Gottesdienste besuchen könnten. «Parkplätze dienen auch der Gemeinschaft», sagt Heusser.

Die Aufhebung der Blaue-Zone-Parkplätze an der Hammerstrasse wird auf juristischen Weg bekämpft.

Das Departement von Karin Rykart (Grüne) verteidigt das Vorgehen. «Die Einrichtung von Begegnungszonen erfolgt auf Antrag von Direktbetroffenen», sagt Nadja Häberli, Sprecherin der Dienstabteilung Verkehr. Die städtische Arbeitsgruppe «Temporegime» prüfe dann die Anträge und entscheide über die Umsetzung.

Im Fall der Hammer- und der Hochstrasse stützen laut Häberli 53 Direktbetroffene respektive die Generalversammlung einer Grosssiedlung die Anträge. Nicht zuletzt auch, um die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Im Fall Hammerstrasse wurde die Aufhebung der Parkplätze beantragt, da diese die Sicht bei Strassenquerungen einschränkten.

Einsprachen rechtskräftig abgewiesen

Weiter weist die Sprecherin darauf hin, dass im Fall Hochstrasse Einsprachen rechtskräftig abgewiesen wurden. Gemäss dem Gerichtsurteil sind die Begegnungszone und die Parkplatzaufhebung verhältnismässig. Das öffentliche Interesse überwiege die privaten Interessen. Laut der Dienstabteilung Verkehr belaufen sich die Kosten für die Begegnungszone Hochstrasse aufgrund der Entsiegelung von Parkplätzen und der Pflanzung von vier neuen Bäumen auf 50'000 Franken.

Die Stadt Zürich hat die Zahl der Begegnungszonen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. 2021 gab es 125 Begegnungszonen, 2022 waren es 151, im Jahr 2023 bereits 169, und dieses Jahr sind nochmals sieben dazugekommen. Somit gibt es nun 176 Begegnungszonen. Für das nächste Jahr sind derzeit sechs neue solcher Zonen geplant. Wegen der Schaffung von Begegnungszonen wurden in den vergangenen drei Jahren insgesamt 128 öffentliche Parkplätze aufgehoben. 57 davon wurden laut der Stadt beim Bau einer neuen Siedlung aufgehoben und auf Privatgrund ersetzt.

Die Stadtregierung stützt sich beim Ausbau der Begegnungszonen auf den kommunalen Richtplan Verkehr, den das Volk 2021 guthiess. «Für die übrigen kommunalen Strassen sind Tempo-30-Zonen vorzusehen oder Begegnungszonen aktiv zu fördern», heisst es im Richtplan. Der Ausbau entspricht auch einer Forderung des Stadtparlaments, das 2021 ein entsprechendes Postulat von SP, Grünen und GLP überwiesen hat.

«Parkplätze dienen auch der Gemeinschaft», sagen Anwohnerinnen in Zürich-Fluntern, die den Parkplatzabbau im Zusammenhang mit der Einführung von Begegnungszonen kritisieren.

Begegnungszonen seien «leider ein neues, beliebtes Mittel, unbürokratisch Parkplätze aufheben zu können», sagt SVP-Gemeinderat Stephan Iten. Vor allem wenn es kein Bauprojekt gebe, würden die Begegnungszonen lediglich ausgeschrieben und seien darauf nur mit einer kostenpflichtigen Einsprache bekämpfbar.

Das vom Stadtparlament überwiesene Postulat erlaube es der Stadtregierung zudem, noch einfacher Begegnungszonen zu errichten und die Verantwortung abzuschieben. Laut Iten werden viele Begegnungszonen errichtet, ohne dass weite

Teile der Anwohnerschaft das überhaupt wollen. Das stosse dann vielerorts auf Unverständnis, vor allem wegen des Parkplatzabbaus.

Begegnungszonen ja, «aber bitte alles mit Mass»

SP-Gemeinderätin Anna Graff weist darauf hin, dass eine Mehrheit der Stadtbevölkerung die Politik der Stadt in Bezug auf Begegnungszonen unterstütze. Die in diesem September in allen Quartieren deutlich angenommenen Stadtklimavorlagen seien das letzte Beispiel dafür.

In Bezug auf Begegnungszonen sind laut Graff viele Fälle bekannt, in denen Anwohnende die Schaffung solcher Zonen wünschen, weil sie sich um die Verkehrssicherheit sorgen. «Einzelpersonen dürfen sich selbstverständlich beschweren, und berechtigte Kritik an der Umsetzung muss die Stadt ernst nehmen», sagt Graff. Doch der politische Auftrag der Gesamtbevölkerung sei deutlich und dürfe aufgrund einzelner negativer Rückmeldungen «nicht infrage gestellt werden».

«Mag sein, dass Begegnungszonen politisch legitimiert sind und an einigen Orten durchaus Sinn machen», sagt Franziska Heusser von der Hochstrasse in Fluntern. «Aber bitte alles mit Mass – und nicht an Orten, die bereits Begegnungszonen sind.»